

Niederschrift

**über die 21. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses am
Mittwoch, 20.03.2024 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40
in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Marianne Münnich Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglieder

Herr Peter Groß CDU

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Herr Reinhard Zenker CDU

Herr Torsten Brehmer SPD

Herr Kevin Buchner SPD

Herr Dominik Stöter SPD

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

Frau Anna Meike Reimann Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hartmut Toska Bündnis 90/Die Grünen

Herr Uwe Gramming FDP Vertretung für
Herrn Joseph

Herr Prof. Dr. Ralf Bommermann AfD

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

Frau Susanne Brandenburg CDU Vertretung für
Herrn Frenzel

Herr Thomas Grünendahl CDU Vertretung für
Frau Schlottmann

Herr Tristan Zeitter CDU Vertretung für
Herrn Wegmann

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Beigeordnete Mona Wolke-Ertel Stadt Hilden

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Herr Roland Becker Amtsleiter
Bürgermeisterbüro

Frau Christine Kaiser Beratungs-
und Prüfungsamt

Herr Dr. Claus Pommer Stadt Hilden

Frau Carolin Siepmann Digitalisierungs-
beauftragte

Frau Giulia Tarentino Stadt Hilden

Abwesende Ratsmitglieder

Herr Fred-Harry Frenzel CDU

Frau Claudia Schlottmann CDU

Herr Michael Wegmann
Herr Rudolf Joseph

CDU
FDP

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung
- 2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung
WP 20-25 SV 12/048
- 3 Erfahrungsbericht der Verwaltung zur testweisen Öffnung des Bürgerbüros an zwei Samstagen im Monat sowie Empfehlung zur bedarfsangepassten Neuausrichtung.
WP 20-25 SV 32/029
- 4 Anträge
- 4.1 Antrag Nr. 241-24 CDU-Fraktion: Erweiterung der Cannabisverbotszone Mittelstraße 7-20 Uhr
WP 20-25 SV 32/030
- 5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Aufgrund der Abwesenheit des Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Claus Pommer, übernahm Frau Marianne Münnich den Vorsitz. Sie eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums und die Vertreter*innen der Presse. Außerdem stellte Sie fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Organisationsentwicklung und Digitalisierung

2.1 Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung WP 20-25 SV 12/048

Rm Gramminger / FDP merkte an, dass mittlerweile ein Viertel der Akten digital eingelesen wurden und fragte nach, ob absehbar sei wie lange es dauern würde, bis alle Akten digital vorliegen würden.

Dazu meldete sich Beigeordnete Frau Wolke-Ertel und erklärte, falls keine Rückschläge aufkommen würden könnte man noch innerhalb des Jahres damit fertig werden.

Sodann nahm der Hauptausschuss den Sachstandsbericht Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.

3 Erfahrungsbericht der Verwaltung zur testweisen Öffnung des Bürgerbüros an zwei Samstagen im Monat sowie Empfehlung zur bedarfsangepassten Neuausrichtung. WP 20-25 SV 32/029

Beigeordnete Frau Wolke-Ertel führte aus, dass die Testphase nun seit Juni 2023 laufe. Daher konnte festgestellt werden, dass der aktuelle Bedarf an Terminen zu gering sei, um diese so beizubehalten, die Verwaltung könne aber auch nicht weniger Termine anbieten, da die Auslastung des Personals dann nicht mehr gegeben sei.

Das größte Problem an der Testphase sei ohnehin der Montag nach dem geöffneten Samstag, da die Bürger nicht einsehen würden, dass dieser verkürzt geöffnet ist. Somit würde es an diesen Tagen vermehrt zu Unruhen und Diskussionen an der Infotheke im Eingangsbereich kommen. Dies stört nicht nur die dort eingesetzten Mitarbeiter, sondern auch die Kolleginnen und Kollegen in den umliegenden Büros.

Die Verwaltung schlage stattdessen vor, jeweils vor den Ferien zusätzliche Öffnungen an Samstagen anzubieten. Diese seien demnach die am stärksten frequentierten Zeiten, da vielen Bürgerinnen und Bürgern kurzfristig vor einer Reise auffalle, dass das Dokument abgelaufen ist. Somit würden vor den Schulferien Samstage geöffnet werden mit vollem Personal, um alle Bereiche abdecken zu können. Der Montag darauf würde nicht verkürzt werden, die so angesammelten Überstunden könnten die Mitarbeiter dann im Laufe des Jahres „abfeiern“. Außerdem kann die durch die alte Testphase vorgesehene halbe Stelle dadurch eingespart werden.

Rm Groß / CDU bedankte sich für die Zusammenstellung der Zahlen. Er führte aus, dass mit fortschreitender Digitalisierung mehr Angebote online wahrgenommen werden können. Er gehe davon aus, dass sich die Zahlen noch weiter ändern, wenn mehr Bürger ihre Anliegen digital bearbeiten würden. Seiner Meinung nach wären sinkende Terminauslastungen auch vorteilhaft, da dies für eine funktionierende Digitalisierung sprechen würde.

Außerdem fragte er nach, ob es auch geplant sei innerhalb der Ferien, zum Beispiel in der Mitte der Sommerferien, weitere Samstage anzubieten für die Familien oder Personen, die in der zweiten Hälfte der Ferien verreisen würden.

Beigeordnete Wolke-Ertel erklärte, dass dies durchaus geplant sei.

Schon jetzt würde seit einigen Wochen eine weitere „Terminschlange“ nur für Pass und Ausweisangelegenheiten eingestellt, um diese Anliegen zügig im Hinblick auf die Osterferien zu bearbeiten. Schon im Januar und Februar konnten dadurch 580 Anträge mehr für Ausweisdokumente verzeichnet werden.

Rm Reffgen / BA meldete sich zu Wort und bedankte sich bei Frau Wolke-Ertel für die Arbeit und die Ergebnisse, die sie in ihrer bisherigen Zeit für das Bürgerbüro erzielt hat. Er führte aus, dass es vor einiger Zeit durchaus üblich war, dass es Probleme bei der Terminvergabe und demnach unzufriedene Bürger gab und er nun froh sei, dass dies anscheinend der Vergangenheit angehöre, da die Beschwerden deutlich zurückgingen.

Dem schloss sich Rm Gramminger / FDP an und fragte nach ob es nicht möglich sei, im Vorfeld die Bürgerinnen und Bürger schriftlich aufzufordern sich frühzeitig über die Gültigkeit ihrer Dokumente zu informieren und dementsprechend einen Termin zu buchen.

Dem entgegnete Beigeordnete Wolke-Ertel damit, dass man zu Beginn des Jahres alle Eltern in Hilden bezüglich des Auslaufens der Kinderreisepässe angeschrieben hatte um darauf hinzuweisen, dass nun auch für die Kleinsten Dokumente mit Wartezeit beantragt werden müssen. Aus personellen Gründen könne man dies aber nicht für alle Bürger anbieten.

Es sei außerdem vorteilhaft, dass sich der Andrang über das Jahr aufteile und nicht alle auf einmal kämen, da dies nicht handelbar wäre.

Vorsitzende Frau Münnich / Bündnis 90 / Die Grünen ließ sodann über den Vorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Hilden nimmt den Erfahrungsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und schließt sich den nachfolgenden Empfehlungen der Verwaltung an:

1. Die aktuelle Testphase mit zwei Samstagsöffnungen des Bürgerbüros wird vorzeitig ab dem 01. April 2024 beendet.
2. Stattdessen wird die Verwaltung ermächtigt, bedarfsangepasste Dienstleistungssamstage jeweils vor und/oder zu Beginn der jeweiligen Schulferien einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 Anträge

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 4.1 | Antrag Nr. 241-24 CDU-Fraktion: Erweiterung der Cannabisverbotszone Mittelstraße 7-20 Uhr | WP 20-25 SV
32/030 |
|-----|---|-----------------------|
-

Rm Zeitter / CDU meldete sich zu Wort und zog den Antrag seiner Fraktion zurück, da das Gesetz noch nicht beschlossen sei und seine Fraktion den Antrag gern zu einem späteren Zeitpunkt stellen wolle.

5 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

a) Rm Gramminger / FDP fragte bei der Beigeordneten Frau Wolke-Ertel nach, wie hoch der Anteil

an Mitarbeitern mit Behinderung sei, und ob die Verwaltung eine Ausgleichszahlung leisten müsse, weil die Quote nicht erfüllt würde.

Dem antwortete Beigeordnete Wolke-Ertel, dass momentan 49 Schwerbehinderte Mitarbeiter mit einem Grad über 50% eingestellt wären. Davon wurden 10 Mitarbeiter seit 2020 eingestellt, die Schwerbehinderung lag in allen Fällen bereits zum Zeitpunkt der Einstellung vor. Eine Ausgleichszahlung müsse momentan nicht gezahlt werden.

b) Vorsitzende Frau Münnich / Bündnis 90 / Die Grünen meldete sich zu Wort und fragte in Bezug auf diese Sitzung, ob es sinnvoll wäre eine Mindestgrenze für Tagesordnungspunkte festzulegen, bevor man einladen würde. Ihrer Meinung nach sei die Tagesordnung sehr leer, es wäre doch eine Überlegung zukünftig in solchen Fällen keine Sitzung abzuhalten, sondern diese Punkte auf die nächste Sitzung zu legen.

Dem schloss sich Rm Groß / CDU an.

Beigeordnete Wolke-Ertel bat um Verständnis, dass die Verwaltung im Hinblick auf die Öffnungszeiten des Bürgerbüros eine Entscheidung des Ausschusses benötigte.

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Keine.

Ende der Sitzung: 17:24 Uhr

Marianne Münnich
Vorsitzende

Giulia Tarentino
Schriftführer/in

Gesehen:

Roland Becker
Amtsleiter Bürgermeisterbüro

Dr. Claus Pommer
Bürgermeister